

Beschluss des Landrats vom 13.11.2025

Nr. 1399

2. Zur Traktandenliste 2025

2024/737; Protokoll: gs, tvr

Wegen der ganztägigen Abwesenheit von Christine Frey werden die Traktanden 14 bis 19 sowie 32 abgesetzt, sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) – und weil Simon Tschendlik am Nachmittag und Abend nicht anwesend ist, werden die Traktanden 57 bis 59 abgesetzt.

::/ Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 14–19, 32 und 57–59 beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit von Interpellation 2025/494: Hintergründe des Verkaufs der Radicant Bank AG durch die BLKB*

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat die Dringlichkeit ablehne.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, dass er beim Thema dieser dringlichen Interpellation absolut Verständnis habe, dass sich Fragen ergeben. Zwei, drei Antworten können bereits vorweg beantwortet werden. Der Redner wurde – wie immer – kurz vor der Ad-Hoc-Publikation informiert. Mit anderen Worten: Es liegen keine vertieften Kenntnisse zu den Gründen der Entscheidungen vor, die im Bankrat gefällt wurden. Aufgrund der fehlenden Detailinformationen ist es nicht möglich, die Interpellation direkt über den Mittag zu beantworten. Ziel ist es, präzise Auskunft zu geben – das gehört sich gegenüber der Bank, der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber den Mitarbeitenden, die angesprochen wurden. Heute Nachmittag könnten nicht alle Antworten gegeben werden.

Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen überschlagen, sagt **Ronja Jansen** (SP), die Radicant wird liquidiert und die Banklizenzen zurückgegeben. Dadurch würden sich einige Fragen stellen, die von dringlichem Interesse seien – auch Fragen im Hinblick auf den Blickwinkel des Regierungsrats in dieser Angelegenheit. Man weiss aus den Medien, dass es Interessenten gab – die Banklizenzen sind extrem begehrt. Warum werden also Millionen für eine Liquidation bezahlt, wenn man für die Banklizenzen Geld bekommen könnte? Wie genau war die Regierung involviert? Das wurde jetzt schon teilweise beantwortet. Aber zu diesen und weiteren Fragen würde die Rednerin doch sehr gerne Antworten haben, gerade auch, weil es Fragen sind, bei denen es um die Positionierung des Regierungsrats geht – und nicht nur um Auskünfte seitens BLKB. Deshalb bittet die Rednerin, die Dringlichkeit anzunehmen. Einige werden jetzt vielleicht sagen, dass man auf die PUK warten kann und dass diese Interpellation unnötig ist. Aber der grosse Unterschied ist: Die PUK soll Dinge untersuchen und aufarbeiten, die in der Vergangenheit passiert sind – die heute eingereichten Fragen betreffen aber aktuelle Angelegenheiten, die in den nächsten Wochen oder Monaten passieren werden. Es ist notwendig, dass die Haltung der Regierung klar wird und dass mehr Informationen gegeben werden, auch um zu schauen, ob man mit dieser Liquidation und der Rückgabe dieser Banklizenz auf dem richtigen Weg ist oder ob das Parlament unter Umständen intervenieren muss, so wie der Landrat sich das auch in den letzten Monaten gewünscht hätte.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) mahnt, dass nur die Dringlichkeit begründet werden soll.

Alain Bai (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Regierungsrat folge und die Dringlichkeit ablehne. Es erstaunt ein Stück weit, welches Verständnis das Parlament hier hat, was sich exemplarisch an diesem Vorstoss zeigt. Es liegt ein Entscheid des legitimierten Gremiums dieser Bank, dem Bankrat, vor. Er hat entschieden, dass die Bank liquidiert wird – und jetzt hat das Parlament das Gefühl, es müsse mit solchen Vorstössen wieder irgendwie in die Entscheidung eingreifen, indem es vom Regierungsrat verlangt, innerhalb von zwei Stunden irgendwelche Antworten zusammenzutragen. Die Aufgabe des Parlaments ist die Oberaufsicht – und Oberaufsicht bedeutet eben, dass man im Nachhinein solche Entscheidungen hinterfragen und prüfen kann. Diese Fragen, die beantwortet werden können, haben sicher keine Dringlichkeit – im Tagesgeschäft der Bank hat das Parlament nichts zu suchen. In dem Sinne besteht Einigkeit mit Anton Lauber, dass die Fragen sicher berechtigt sind und dass sie präzise und genau beantwortet werden müssen. Ansonsten passiert nämlich das, was in diesem Vorstoss passiert ist, der vielleicht ein bisschen zu schnell verfasst wurde und dann davon redet, dass die BLKB liquidiert werden soll. Es wäre daher sinnvoll, sich bei solchen Vorstössen, aber auch bei den Antworten darauf, die nötige Zeit zu nehmen, denn die BLKB soll ja nicht liquidiert werden, sondern die Radicant, soweit man weiss.

Peter Riebli (SVP) möchte zuerst für die Frage von Ronja Jansen danken – mit Ausnahme des Bonmots, auf das schon Alain Bai hingewiesen hat, betreffend der Liquidation der BLKB. Aber bezüglich Dringlichkeit muss man sagen, dass der Krug zerbrochen ist und man ihn nicht mehr flicken kann – das ist Geschichte und diese Geschichte muss von der Oberaufsicht respektive in diesem spezifischen Fall von der PUK aufgearbeitet werden. Dies braucht Zeit und die seriöse Beantwortung durch den Regierungsrat braucht Zeit. Ändern kann man das nichts mehr, aber es ist wichtig, dass es seriöse Antworten auf die Fragen gibt – und diese können bei allen Qualitäten, über die Regierungsrat Anton Lauber verfügt, nicht in zwei Stunden herbeigezaubert werden. Mit halbpatzigen Antworten ist der Sache nicht gedient, aber das wird ein Thema, das die PUK nachträglich noch einmal ganz gut anschauen muss. Die heissbegehrte Banklizenz sei mindestens CHF 30 Mio. Franken wert, wurde hier im Landratssaal einmal gesagt. Dass das nicht so ist, wurde nun festgestellt. Genau deshalb braucht es keine solchen schnellen, sondern seriöse Antworten – das braucht mehr Zeit als die zwei Stunden. Darum lehnt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Auch die Mitte-Fraktion werde sich der Argumentation des Regierungsrats anschliessen, erklärt **Silvio Fareri** (Die Mitte). Massgeblich ist die Qualität der Antworten. Sie sollen lieber fundiert sein und zur richtigen Zeit erfolgen, als jetzt überstürzt und nur mit halben Informationen.

Adil Koller (SP) stellt fest, dass die bürgerliche Mehrheit dem bürgerlichen Regierungsrat nicht zutraut, innerhalb von zwei Stunden eine fundierte Antwort zu liefern. Wenn es allerdings darum geht, von einer sozialdemokratischen Regierungsrätin innert zwei Stunden Antworten zu einem Thema zu erhalten, dann soll das gefälligst gemacht werden. Der Redner findet, dass der Regierungsrat dort, wo er antworten kann, fundierte Antworten geben soll. Bei Fragen hingegen, die kurzfristig nicht beantwortet werden können, kann – wie immer – angekündigt werden, dass die Antworten innert einer bestimmten Frist nachgereicht werden. Das stellt kein Problem dar und dieses Vorgehen darf dem Finanzdirektor und Regierungspräsidenten zugetraut werden. Sollte dies nicht möglich sein, dann würde der Redner gerne Anton Lauber eine direkte Frage stellen...

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) weist daraufhin, dass nur zur Dringlichkeit gesprochen werden soll.

... in welcher Fristigkeit diese Interpellation beantwortet werden könnte, möchte **Adil Koller** (SP) gerne wissen. Das ist wichtig, weil sich daraus vielleicht ergibt, dass gar keine Dringlichkeit nötig ist.

Ronja Jansen (SP) sagt, dass sie erstaunt sei über die neu gefundene Besonnenheit von Peter Riebli. Ansonsten dauert es keine zwei Minuten, bis wilde Forderungen in den Raum gestellt werden und munter aus der Hüfte geschossen wird, wenn etwas bei der BLKB passiert.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) weist Ronja Jansen daraufhin, dass es nur um die Begründung der Dringlichkeit gehe.

Wenn es darum gehe, Fragen zu beantworten, erklärt **Ronja Jansen** (SP) weiter, damit das Parlament informiert handeln und besonnene Forderungen stellen könne, werde die Dringlichkeit verwehrt. Es entsteht der Eindruck, dass es hier eher um ein Absenderproblem geht, als um ein thematisches Problem. Es wäre wünschenswert, die Parteizugehörigkeit aussen vor zu lassen und sachlich zu beurteilen, ob die Fragen dringlich sind. Und ja, das sind sie – entsprechend sollte abgestimmt werden.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, dass er versuche, sich zur Dringlichkeit zu äussern. Das ist sehr schwierig, weil es eigentlich keine Wahl gibt, so hat der Redner es verstanden: Als Antwort gibt es die Antwort, dass es keine Antwort gibt. Diese Aussage führt nicht unbedingt zur Beruhigung, dennoch bringt der Redner dem Regierungsrat viel Vertrauen entgegen, dass er fähig ist, gewisse Antworten zu liefern. Es handelt sich um ein wichtiges und dringliches Thema.

Fredy Dinkel (Grüne) kann sich gut vorstellen, dass es einerseits schwierig sei, innerhalb von zwei Stunden fundierte Antworten zu liefern, andererseits wäre es ihm ein Anliegen, dass die Antworten, die man schon geben kann, jetzt bereits geliefert werden. Anschliessend kann man auf die Frage von Adil Koller antworten und die restlichen Antworten in zwei Wochen oder die fundierten Zusatzantworten in der übernächsten Sitzung nachliefern. Der Redner sagt, daher sei er für die Dringlichkeit – allerdings nicht mit dem Anspruch, dass jetzt eine ausführliche Antwort kommt, sondern dass dies nachgeliefert wird.

Die Dringlichkeit könne abgelehnt werden, sagt **Marc Schinzel** (FDP). Es ist klar, dass eine fundierte Antwort 10-mal besser ist als eine überstürzte, gerade in der aktuellen Situation. Das Einzige, das an diesem Vorstoss dringlich ist, ist die Ziffer 3 Buchstabe d: ob der Regierungsrat den Verkauf oder die Liquidation der BLKB auf dem Tisch hatte. Diese Dringlichkeit muss man aber gar nicht mehr weiter behandeln, denn die Regierung hat schon klar gesagt, dass der Verkauf oder eine Liquidation der BLKB kein Thema ist und sie auch davon nichts weiss. Folglich ist gar nichts mehr dringlich an diesem Vorstoss.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) möchte der Form halber anmerken, dass der angesprochene Verschreiber auf der publizierten Fassung korrigiert ist und es bei dieser Frage um Radicant gehe. Es ist ein Zweidrittelmehr für die Dringlichkeit erforderlich.

://: Mit 41:36 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Adil Koller (SP) möchte wissen, was der Grund dafür sei, dass seine Frage nicht beantwortet wurde: In welcher Frist kann der Regierungsrat diese Frage abklären? Der Regierungsrat kann natürlich auch sagen, er möchte dazu nichts sagen, oder er müsse noch abklären, wie lange es dauert.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) erklärt der Form halber, die Dringlichkeit sei abgelehnt worden; das heisst, die Interpellation ist heute ordentlich eingegangen und es gelten die ordentli-

chen Fristen, welche der Regierungsrat ausschöpfen kann oder eben nicht. Es gibt jetzt kein Sonderrecht.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, dass er dem Anliegen gerne nachkomme, aber er sei hier nicht der Chef – das ist das Landratspräsidium. Der Fall ist klar, der Redner hat das Wort nicht bekommen, darum hat er nichts gesagt. Im Landratsgesetz steht, dass man für die Beantwortung einer Interpellation drei Monate Zeit hat. In diesem Fall macht es keinen Sinn, diese drei Monate voll auszunutzen, also werde man die Antworten so schnell wie möglich liefern. Der Redner fragt zurück, ob eine Beantwortung in einem Monat gut sei.

Balz Stückelberger (FDP) möchte Adil Koller und Ronja Jansen noch sagen, dass es sich bei diesem Thema um den Bankenbereich handle, was ein relativ stark regulierter Bereich sei. Wenn die Erwartung besteht, dass ein Regierungsrat innerhalb einer Stunde rasch einige Informationen über interne Vorgänge einer Bank ausplaudern kann, ist das falsch. Aufgrund zahlreicher gesetzlicher Vorgaben ist es zwingend notwendig, sorgfältig abzuklären, was die Regierung zu internen Vorgängen überhaupt sagen darf. Eine Antwort, die in ein oder zwei Stunden erstellt wird, könnte deshalb ohnehin nicht zufriedenstellen – und das aus gutem Grund. Es handelt sich hier nicht um irgendein Unternehmen, sondern um eine Bank – und damit um einen der am stärksten regulierten Bereiche der Schweiz.

– *Zur Frage der Dringlichkeit von Postulat 2025/493: Neuer Bankrat bei der BLKB*

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) erklärt, dass der Regierungsrat die Dringlichkeit ablehne.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, dass allen das Datum vom 3. Juli noch in bester Erinnerung sei. An diesem Tag – mitten in den Ferien – kam die Mitteilung zu den Problemen mit dem Abschreiber respektive der Wertberichtung bei der Radicant. Seither befasst sich die Gesamtregierung mit dieser Thematik. Es stellte sich letztendlich auch die Frage, wie künftig mit dem Bankrat umzugehen ist. In den vergangenen Monaten hat sich hier einiges bewegt. Aus diesem Grund besteht die Auffassung, dass der Vorstoss nicht dringlich ist, da die Arbeiten bereits laufen. Es gab zwei zentrale Abgänge: beim Bankratspräsidium und beim Posten des CEO. Zusätzlich wird es per Ende Jahr mit Marco Primavesi, dem Präsidenten der Radicant und Bankrat der BLKB, einen weiteren Abgang geben. Eine Vakanz wurde mit Thomas Bauer als Bankratspräsident a. i. besetzt. Er erhielt vom Regierungsrat den klaren Auftrag, die Qualität des Wahlverfahrens sicherzustellen, das in der alleinigen Kompetenz des Bankrats liegt. Das Wahlverfahren für den CEO wird derzeit geführt; zwei Personen arbeiten primär daran. Das dafür zuständige Nomination and Compensation Committee wird von Thomas Bauer begleitet, jedoch von Frau Kathrin Schoffer, Bankrätin, geleitet. Sie gilt aufgrund ihrer Funktion als Bereichsleiterin Human Resources bei der Adecco-Gruppe als topqualifiziert. Aus fachlicher Sicht ist die Qualität des CEO-Wahlverfahrens damit gewährleistet. Neben der CEO-Besetzung steht auch die generelle Erneuerung des Bankrats an. Der Regierungsrat hat einen Beschluss gefasst, die Findungskommission mit der Wahl eines neuen Bankratspräsidiums zu beauftragen. Dieser Auftrag dauert bis zum voraussichtlichen Ende des Mandats von Thomas Bauer am 30. Juni 2026 – höchstens bis dahin, möglicherweise kürzer, wenn vorher eine geeignete Person gefunden wird, die aus Sicht des Regierungsrats geeignet und wählbar ist. Die Aufgabe des neuen Bankratspräsidiums wird darin bestehen, sich um die weitere Erneuerung des Bankrats zu kümmern. Der Zeitplan sieht vor, dass spätestens per 30. Juni 2026 das neue Bankratspräsidium eingesetzt wird und anschliessend die Vorbereitung der Gesamterneuerungswahlen erfolgt. Diese Wahlen werden bis spätestens 30. Juni 2027 abgeschlossen, sodass der neue Bankrat am 1. Juli 2027 seine Arbeit aufnehmen kann. Damit sind Timeline, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten klar definiert. Die Schiene der Erneuerung des

Bankrats läuft entlang dieser Linie weiter – ohne dem Ergebnis vorzugreifen. Eine zusätzliche Bemerkung: Das Thema Radicant ist sehr schwierig, das muss man nicht diskutieren und das wird ja auch noch vertieft geprüft – gleichzeitig zeigt sich aber, dass die Mitarbeitenden gut arbeiten und die Bankgeschäfte stabil laufen. Die BLKB ist grundsätzlich solide. Deshalb sollte in der Öffentlichkeit keine zusätzliche Instabilität erzeugt werden. Aus diesem Grund besteht die Bitte, dass die Regierung bei getaktetem Vorgehen auch bleiben darf.

Marco Agostini (Grüne) sagt, dass sich die BLKB seit Monaten in schwierigen und problematischen Zeiten befindet. Die Details müssen hier nicht nochmals aufgetischt werden – es ist viel passiert. Deshalb ist es jetzt entscheidend, möglichst schnell wieder in angenehme Fahrwasser zu gelangen. Dafür braucht es eine kompetente, solide und vertrauenswürdige Führung: sowohl beim CEO als auch im Bankrat. Ohne sie wird es schwierig – und Anton Lauber hat es vorhin gesagt: Es braucht Stabilität und gute Geschäfte, aber dafür braucht es ebenso eine gute Führung. Derzeit sind jedoch weder ein neuer CEO noch ein neuer Bankrat im Amt, mit Ausnahme von Herrn Bauer, der interimsmässig tätig ist. Erfolgt die Umsetzung nicht zügig, wird auch das Vertrauen der Kundinnen und Kunden sowie der Mitarbeitenden nicht rasch zurückkehren – im Gegenteil, es droht zu schwinden, was sehr gefährlich wäre. Das Beispiel der Credit Suisse zeigt, wie schnell eine Bank in einen Strudel geraten kann und alle plötzlich ihre Gelder abziehen. Genau das gilt es unbedingt zu verhindern – deshalb die Dringlichkeit.

Zur Verantwortungsklage, die Kollege Riebli erwähnt hat: Diese ist ebenfalls wichtig, sie kann de facto aber nur vom Bankrat eingereicht werden. Es ist schwer vorstellbar, dass der aktuelle Bankrat eine Verantwortungsklage einreichen würde, die sich letztlich gegen ihn selbst richtet. Abschliessend noch ein Punkt: Anton Lauber hat es richtig gesagt – die Dringlichkeit hat nichts mit dem CEO zu tun. In der Forderung ist klar festgehalten, dass der Prozess der Wahl des CEO keinesfalls gestoppt werden soll. Dieser soll weiterlaufen, damit möglichst rasch eine geeignete Person gefunden werden kann. Es geht hier ausschliesslich um den Bankrat, nicht um den CEO.

Die Mitte-Fraktion werde die Dringlichkeit auch in diesem Fall ablehnen, erklärt **Silvio Fareri** (Die Mitte). Der Vorstoss allein lässt bereits schon keine verkürzte Frist zu, was die Beantwortung anbelangt, das heisst also, ab Stichtag hat der Regierungsrat ein Jahr Zeit, die Fragen zu beantworten. Zudem ist die Mitte-Fraktion der Auffassung, dass mit den Vorstössen bei der Bank nicht zeitnah Ruhe einkehren kann.

Manuel Ballmer (GLP) erklärt, dass er auf der Linie von Marco Agostini sei und das Thema auch als dringlich sehe. Ein wichtiger Grund ist, dass der jetzige Bankrat ein Teil des Problems ist – haben die Resultate der bisherigen Untersuchung ja gezeigt. In der Presse war jeweils die Überschrift, dass der Bankrat der Schuldige ist. Dennoch würde der Bankrat weiterhin alles gut und richtig machen. Dazu kommt das Thema Verantwortlichkeitsklage, das Peter Riebli zurecht ins Spiel gebracht hat. Die Erfahrung der Glarner Kantonalbank zeigt, dass es von innen kommen muss, dass die Bank das selber in die Wege leiten und gegen ihre Organe prozessieren müsste. Hier stellt sich sehr die Frage, wie denn ein Bankrat so etwas in den Weg leiten soll. Aus diesem Grund erscheint der Antrag sowohl wichtig, als auch dringlich. Der Redner kann die Argumentation nicht ganz verstehen, man bringe die Ruhe hinein, wenn die ganze Bevölkerung findet, dieser Bankrat habe versagt und sei dennoch weiterhin an den Zügeln.

Peter Riebli (SVP) erklärt an Ronja Jansen gerichtet, dass jetzt sein Hüftschuss komme, was sie ja so liebe, wie er verstanden habe. Die SVP wird die Dringlichkeit grossmehrheitlich unterstützen, und zwar aus zwei, drei Gründen. Das Allerwichtigste bei einer Bank ist das Vertrauen. Das Vertrauen hat der jetzige Bankrat, der schon seit längerer Zeit dabei ist, in der Öffentlichkeit restlos verspielt. Es ist nicht ersichtlich, warum man nicht parallel mit dem neuen Bankratspräsidenten

auch schon Bankratsmitglieder evaluieren kann, damit man den Wechsel zeitnah vornehmen kann. Wird dieser Prozess jetzt aufgeleist, muss nicht bis zur Gesamterneuerungswahl gewartet werden, um den Bankrat zu ersetzen, der nachweislich per Testat seine Aufgabe nicht wahrge- nommen hat. Das muss jetzt sofort passieren – und das heisst, man muss es jetzt aufgleisen. Klar ist, dass das nicht über Nacht geht, aber je länger es herausgezögert, desto länger arbeitet man mit einem Bankrat, der das Vertrauen der Bevölkerung, aber auch der Investoren restlos verspielt hat. Deshalb ist es dringend, dass der Regierungsrat sofort handelt und sich auf die Suche nach einem fundierten, fachlich kompetenten und auch menschlich integren Bankrat macht – nicht nur nach einem Präsidenten, sondern einem Gesamtbankrat. Deshalb bittet der Redner alle, die Dring- lichkeit in diesem speziellen Fall zu unterstützen.

Adil Koller (SP) erklärt, dass er sich nach der vorherigen Rüge vom Landratspräsidenten nun einfach Marco Agostini und Manuel Ballmer anschliessen werde – es ist offensichtlich eine drin- gende Sache zum Diskutieren. Inhaltlich wird man nachher unterschiedlicher Haltung sein.

Auch die FDP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit in diesem Fall, sagt **Alain Bai** (FDP). Man hat es gehört, der Erneuerungsprozess sei eingeleitet – und deshalb ist jetzt auch der passende Mo- ment, um darüber zu reden, wie dieser Erneuerungsprozess aufgeleist werden soll. Und letztlich geht es darum, dass die Politik den Erneuerungsprozess stützt.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) sagt, dass ein Zweidrittelmehr für die Dringlichkeit erfor- derlich sei.

://: Mit 66:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Dringlichkeit angenommen.
